Video-Podcast der Bundeskanzlerin #22/2016

25. Juni 2016

Die Fragen stellte Johanna Heppe, Politikstudentin aus Warstein-Belecke/Sauerland.

Johanna Heppe:
Frau Bundeskanzlerin, am Freitag treffen Sie zum vierten Mal Vertreter von Verbänden, Wirtschaft, Kirchen und Stiftungen, die sich in der Flüchtlingsintegration engagieren. Wenn Sie an die ersten drei Gespräche zurückdenken und sie mit dem bevorstehenden vergleichen: Wie haben sich die Fragen und Themen verändert?

Bundeskanzlerin Merkel:
Ich freue mich erst einmal, dass ich so ein breites Spektrum von Verbänden einladen kann – was ja auch zeigt, wie viele Menschen sich in unserem Land für das Willkommenheißen von Flüchtlingen, für die Aufnahme von Flüchtlingen, für die Integration von Flüchtlingen engagieren. Und natürlich hat am Anfang dieser Diskussion gestanden: Wie schaffen wir es überhaupt, genügend Betten, Unterbringungsmöglichen bereitzustellen. Da waren das Technische Hilfswerk, das Rote Kreuz, die Wohlfahrtsverbänden insgesamt sehr gefragt – die Kommunen natürlich, mit denen ich auch immer noch Extra-Beratungen habe. Jetzt stellen sich inzwischen schon wieder andere Fragen. Da steht das Thema der Integration im Mittelpunkt. Wie kann man Möglichkeiten für den Arbeitsmarkt schaffen? Wie können wir genügend Wohnraum planen? Wie können wir die bürokratischen Prozesse vereinfachen? Und da spielt natürlich das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) als nachgeordnete Behörde des Bundesinnenministeriums eine zentrale Rolle. Und ich lade die Vertreter der Verbände ein, um einmal Danke zu sagen, aber zum anderen auch um zu hören: Was müssen wir noch besser machen, und wo hakt es noch? Und das sind deshalb auch immer sehr bereichernde Diskussionen.

In diesem Frühjahr haben Bund und Länder ein gemeinsames Konzept für die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen entwickelt. Sie betonen darin die wichtige Rolle, die Ehrenamtliche dabei spielen. Bei vielen in der Flüchtlingsintegration ehrenamtlich Tätigen, die Flüchtlinge etwa bei Behördengängen begleiten, sorgen aber schleppende Bearbeitungsvorgänge für Frustration. Was werden Bund und Länder unternehmen, um das zu verhindern?

Ja, wir haben schon sehr viel unternommen. Wir hatten ja im letzten Jahr wirklich eine große Zahl von Flüchtlingen, und deshalb musste die Kapazität der Beantragung natürlich sehr stark hochgefahren werden. Wir haben viele zusätzlichen Stellen – zum Beispiel im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – nicht nur geplant, sondern inzwischen auch besetzt. Es sollen insgesamt 7.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden; es sind schon deutlich über 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da, und dazu noch etwa 2.000 Abordnungen aus verschiedenen Institutionen, die auch im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge arbeiten. Es ist jetzt eine sehr gute und koordinierte Zusammenarbeit mit den Ländern – und natürlich, jetzt im Vordergrund, auch mit den Ausländerbehörden in den Ländern. Das sind ungefähr 600 in Deutschland, mit denen das Bundesamt zusammenarbeiten muss. Wir haben die Frage der Integrationskurse zu lösen, das heißt, damit auch jeder möglichst zeitnah einen solchen Integrationskurs besuchen kann. Wir müssen uns die Profile erar-

beiten: Was sind die Fähigkeiten, auch für den Arbeitsmarkt, der Flüchtlinge? Wer ist überhaupt arbeitsfähig? Also viel Arbeit, aber da ist viel, viel in Gang gekommen. Und ich möchte auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – gerade beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, aber auch bei der Bundesagentur für Arbeit – danken; und bei den Ausländerbehörden, die jetzt weit über ihre normale Arbeit hinaus gefragt sind; und natürlich in den Kommunen; bei den vielen hauptamtlichen und genauso ehrenamtlichen Mitarbeitern.

Trotz des großen Einsatzes der vielen Freiwilligen für die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge haben doch viele Menschen in Deutschland große Zweifel daran, dass die Integration einer so großen Zahl von Flüchtlingen gelingen kann. Wie reagieren Sie auf ihre Zweifel, Sorgen und Bedenken?

Ja, wir müssen natürlich mit den Menschen darüber sprechen. Und ich glaube, die Ereignisse in Köln, in der Silvesternacht, haben auch Verunsicherung mit sich gebracht. Und besonders schlimm war damals, dass man über die Dinge scheinbar nicht sprechen wollte. Und deshalb dient auch der Runde Tisch mit den verschiedenen Verbänden dazu, darüber ganz offen zu sprechen: Wo gibt es Schwierigkeiten bei der Integration? Es gibt sehr, sehr gute Fälle, aber es gibt eben auch kriminelle Handlungen – leider auch bei der deutschen Bevölkerung mit Angriffen auf Flüchtlingsheime, aber eben auch von einigen Flüchtlingen oder Menschen, die schon eine ganze Weile hier sind. Und das muss beim Namen genannt werden. Es hat keinen Sinn, dass wir darum herumreden. Wir müssen auch klar – das haben wir in all unseren Integrationskonzepten jetzt auch gesagt, die wir zwischen Bund und Ländern im Übrigen auch einvernehmlich entwickelt haben – Rechte benennen, die man in Deutschland hat, aber auch die Pflichten benennen, die wir den Menschen geben. Und das heißt, unsere Gesetze einzuhalten, sich zu bemühen, die Sprache zu erlernen und natürlich auch seinen eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, wo immer das möglich ist. Und diese klaren Anforderungen müssen, glaube ich, auch von Anfang an sehr deutlich gesagt werden. Genauso wie wir sagen: Wir haben Religionsfreiheit, wir haben Meinungsfreiheit. Das heißt, man kann in unserem Land auch frei leben, aber immer auf der Basis des Grundgesetzes.

Welche Botschaft werden Sie den Stellvertretern aller in der Flüchtlingsintegration Aktiven, mit denen Sie am Freitag sprechen werden, mit auf den Weg geben?

Ich werde die Botschaft mit auf den Weg geben, dass wir es nur gemeinsam schaffen. Aber dann schaffen wir das. Das ist übrigens auch der Geist, in dem wir in dieser Runde diskutieren – nicht das erste Mal jetzt, wie Sie es auch schon sagten. Und zum Zweiten: Dass wir die Offenheit des Dialogs brauchen; dass wir als Bundesregierung informieren: Was machen wir? Dass wir aber auch offen sind für Hinweise, für Ratschläge. Wo klemmt etwas? Wir müssen zum Teil ja auch ganz neue Wege gehen, um überhaupt das Arbeitspensum zu bewältigen. Und vielleicht bleibt ja dann auch einiges übrig, wenn wir diese Aufgabe einmal bewältigt haben, was wir insgesamt besser machen können, schneller machen können. Denn dass Behördengänge manchmal lange dauern in Deutschland, das ist nicht nur für Flüchtlinge und ehrenamtliche Helfer so, die die Menschen begleiten, sondern das empfinden auch viele

andere. Und deshalb lernen wir vielleicht auch etwas über unsere ganze Gesellschaft aus dieser Integrationsaufgabe.